

DER TAG

UND HEUTE?

Die Wahlkreise in Niedersachsen müssen zur nächsten Landtagswahl 2013 neu strukturiert werden. Landeswahlleiter Volker Homuth muss „dem Landtag bis zum 24. Mai einen entsprechenden Vorschlag machen“. Die Wahlkreise Ammerland und Lüneburg sind zu groß, der Wahlkreis Nordheimist zu klein für die Vorgaben geworden. Die Anzahl der Wahlberechtigten pro Kreis darf nur bis zu 25 Prozent vom Durchschnitt abweichen. +++ Die Karmann-Mitarbeiter erhalten ihren ausstehenden Lohn. Das bestätigte ein Sprecher des Insolvenzverwalters. Die Bank hatte nach Bekanntwerden der Insolvenz in der vergangenen Woche die

Überweisung für einen Großteil der Mitarbeiter gestoppt. +++ Nicht gerüstet für den Klimawandel sind nach Ansicht des Hamburger Weltzukunftsrats (WFC) die Städte: Sie hingen weltweit fast nur von fossilen Brennstoffen ab, heißt es in einem gestern vorgelegten Dokument der WFC und der Hamburger Hafencity-Universität. +++ Viermal gegeneinander antreten müssen der HSV und Werder Bremen innerhalb von neunzehn Tagen. Nachdem Werder mit einem 3:3 in Udine und der HSV mit einer 1:2-Niederlage bei Manchester City das Uefa-Cup-Halbfinale erreichten, treffen die Nordclubs am 30. April und am 7. Mai aufeinander.



MOORBURG

Neue Kühlung für Kohlekraftwerk

Im Konflikt um das Kohlekraftwerk Moorburg ist Betreiber Vattenfall offenbar zu Konzessionen bereit: Die von der Hamburger Umweltbehörde verhängten wasserrechtlichen Auflagen könnten durch einen Hybrid-Kühlturm gelöst werden. Bisher wollte Vattenfall den Meiler mit Elbwasser kühlen. Behörde und Betreiber seien über die neue Idee im Gespräch, hieß es am Freitag. Laut der Umweltschutzorganisation BUND wäre eine Hybrid-Kühlung für die Elbe verträglicher, würde aber die Effizienz der Anlage senken. Am CO<sub>2</sub>-Ausstoß ändere sich nichts. **SMW**

ATOMMÜLL

Gabriel will Asse-Ausschuss

Bundesumweltminister Sigmund Gabriel (SPD) hat sich für einen Landtags-Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorgänge im Atom Mülllager Asse ausgesprochen. Niemand müsse fürchten, dass nur Theater inszeniert werde, sagte er der *Braunschweiger Zeitung*. Der Ausschuss sei erforderlich, wie die „wöchentlich aufgedeckten Skandale“ zeigten. Zuletzt war bekannt geworden, dass in dem maroden Stollen auch Giftstoffe und Tierkadaver lagern sollen. SPD und die schwarz-gelbe Regierungskoalition lehnen einen Ausschuss bisher ab. **(dpa)**

... kommt der Stör zurück

55 junge Störe werden am Samstag gegen 12.30 Uhr nördlich der Niedersächsischen Bremervörde in der unteren Oste ausgesetzt. Nach Einschätzung der Gesellschaft zur Rettung des Störs eigne sich der Fluss hervorragend für den Ansiedlungsversuch. Die Hoffnungen sind groß, denn bereits vor Jahren gelang in der Oste die Wiederansiedlung des Lachses. Bundesweit soll der in Europa ausgerottete Stör wieder Teil der heimischen Fauna werden. Die



FOTO: BFA

taz nord

Hamburg: 040-38 90 17-30, fax: 040-38 90 17-50, mail: redaktion@taz-nord.de  
Bremen: 0421-960 26-30, fax: 0421-960 26-30-50, mail: redaktion@taz-bremen.de  
Hannover: 0511-388 1196-30, fax: 0511-388 1196-50, mail: hannover@taz-nord.de

URDRÜS WAHRE KOLUMNE

Falsche Wasserhunde!

Eigentlich toll, dass es nach vier Mannsbildern in Bremen jetzt mit Imke Sommer einen weiblichen Datenschutzbeauftragten gibt: Frauen haben doch viel mehr Erfahrung damit, immer dann als Dekoration an die Seite gedrängt zu werden, wenn es ernst wird.

Vermutlich aus einem in der Blauen Tonne gefundenen Stapel Anzeigenblätter entnommen wurden jene sorgsam ausgeschnittenen 40 Coupons für jeweils zwei Tassen Gratskaffee im Stanze Gartencenter Hemmingen, die ich jetzt im Nahverkehrszug in einer Zellophanthüte fand. Wollte da der hanöversche Hausfrauenbund kostengünstig seinen Jahresausflug beschließen? Oder hat da wieder so eine Emmily die unbenutzten Gutscheine zu Lasten ihres Arbeitgebers?

Hieß ich Hubsi, Wendelin oder wie Daimler-Bosse sonst so heißen mögen, ich würde mir doch in die feinzwirrige Anzughose pissen vor Lachen darüber, dass die systematische Speicherung der Krankendaten im Mercedes-Werk Bremen allenfalls mit der Höchstsumme von 250.000 Euro gehandelt werden kann. Schafft man es mit diesen Raub-

daten, auch nur eine Handvoll Arbeitnehmer ohne Kündigungsfrist und Ausgleichszahlung um ihren Job zu bringen, hat man das schon wieder eingespielt! Und dafür wird doch gespeichert, oder?

Der große Renner sind ja jetzt die portugiesischen Wasserhunde vom Schläge eines Bo Obama, entsprechend gefordert sind die professionellen Züchter. Wo aber die Nachfrage nicht mehr gedeckt werden kann, greifen die Regulierungskräfte des Marktes zum Betrug: Schon sollen von Zuchtfarmen an Hamme und Wümm die ersten Bisarratten „auf Bo“ getrimmt worden sein. Achten Sie drauf: Portugiesische Wasserhunde unter 2.000 Euro tragen das Kainsmal des Rassebetrugs als Tätowierung nicht an den Klöten, warnt diesmal nicht der Tierschutz und auch nicht die Verbraucherzentrale, sondern

ULRICH „HUNDLOS“ REINEKING

ULRICH REINEKING  
■ ist weiterhin Journalist, Kabarettist und eifrig das Berichtsgewerbe bereisender. Sein Alter aber behält er wie auch weiterhin für uns.



Nazi-Demo bleibt verboten

Gericht sieht in Hannover „neues Gefahrenpotential“ von Rechts. Veranstalter wollen in die nächste Instanz gehen. Konflikt zwischen DGB und Polizei wegen Antifa-Aufrufs

VON ANDREAS PREIT UND MICHAEL DREISIGACKER

Der 1. Mai-Marsch der Freien Kameradschaften in Hannover bleibt verboten. Am Freitag lehnte das dortige Verwaltungsgericht den Eilantrag des Kameradschaftsfunktionärs Dennis Bührig ab. Die Begründung für das Verbot allerdings ist ein Novum: Die zehnte Kammer geht davon aus, dass von der „rechten Demonstration ein neues Gefahrenpotential“ ausgehe.

Mit der Entscheidung folgt das Gericht dem Verbotsscheid der Polizei: Hannovers Polizeipräsident Uwe Binias hatte besonders auf die zu erwartenden „Autonomen Nationalisten“ (AN) hingewiesen, die als sehr gewaltbereit eingeschätzt werden. Nach den Ausschreitungen am 1. Mai 2008 in Hamburg feierte die Szene sich selbst: „Hamburg war eine Initialzündung, Hannover soll DER Event für die Kameraden werden.“ Damals hatten die Rechten aus dem Marsch heraus Gegendemonstranten, Polizisten und Journalisten angegriffen. In der Verbotsbegründung führte die Polizei zudem an, dass gegen Bührig „umfangreiche“ Erkenntnisse über eine erhebliche Gewaltneigung vorlägen. Erhöbe daher keine Gewähr, „jederzeit auf einen friedlichen und ordnungsgemäßen Ablauf“ hinzuwirken. Das Gericht folgte auch dieser Argumentation.

Auf dem rechtsextremen Internetportal des „Aktionsbüros Norddeutschland“ kündigten die Neonazis an, notfalls bis vor



Wie bei dieser Antifa-Demo in Hannover 2004 könnte es am 1. Mai braven Gewerkschaftern ergehen. FOTO: DPA

„Hamburg war Initialzündung, Hannover soll DER Event für die Kameraden werden.“

AUTONOME NATIONALISTEN

das Bundesverwaltungsgericht zu ziehen. In der Szene befürchtet man aber schon länger, dass das militante Agieren der AN bei Aufmärschen Rechtsstreite erschweren könnte.

Unterdessen kam es im Vorfeld der Demo zu einem Konflikt zwischen der Polizei und dem

Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Dieser hatte auf seiner Homepage einen Aufruf des linken Projektes Avanti und der Antifa veröffentlicht, in dem die Gruppen für ein Training zu zivilem Ungehorsam am heutigen Samstag mobilisieren. Für Polizeichef Binias stellte sich daraufhin die Frage, ob der DGB noch seiner Pflicht nachkommen könne, eine friedliche Demo zu gewährleisten. Der Aufruf, „komme der Vorbereitung einer Straftat sehr nahe“, so Binias. Der DGB-Vorsitzende in Hannover, Sebastian Wertmüller, zeigte sich überrascht über die Äuße-

rungen und stellte postwendend klar, dass der DGB nur zu angemeldeten und friedlichen Demonstrationen aufrufe.

Nach einem Treffen am Freitag scheinen die Wogen nun wieder geglättet zu sein. Man sei sich „nicht angegangen“, versicherte Wertmüller. Er habe allerdings deutlich gemacht, dass die Art der Auseinandersetzung nicht gutheissen könne. Die Gewerkschafter hatten erst über eine Pressemitteilung von den Äußerungen Binias erfahren. Wertmüller sieht auch keine Veranlassung, den Aufruf von der Homepage zu entfernen.

Klasnić-Klage geht in die nächste Runde

PILLENPROZESS Vergleich im Rechtsstreit um Behandlungsfehler des Ex-Werder-Profis Klasnić abgelehnt

Vor dem Bremer Landgericht hat am Freitag die Güteverhandlung mit Ivan Klasnić-Prozess stattgefunden. Der ehemalige Stürmer von Werder Bremen hatte Werders Mannschaftsarzt Götz Dimanski und die Internistin Manju Guha wegen grober Behandlungsfehler verklagt. Beide hätten die Vorzeichen seiner Nierenerkrankung verkannt und ihn nicht über die Risiken seines Zustandes aufgeklärt. „Ich hätte auf dem Platz sterben können“ sagte Klasnić, der sich zwei Nierentransplantationen unterziehen musste, nachdem das Ausmaß seiner Erkrankung klar geworden war.

Die hölzernen Zuschauerbänke im Sitzungssaal 231 des Bremer Landgerichtes waren bis zum Bersten gefüllt, das Medieninteresse war enorm. Den Vorsitz der Verhandlung führte Richter Uwe Boysen. Er stellte im Schnelldurchlauf die Fakten von Klasnićs nunmehr fast achtjährigen Krankengeschichte dar und gab dann die vorläufige Ansicht des Gerichts wieder. Derzufolge seien die von Klasnić erhobenen Forderungen zu hoch. Gemessen an der bisherigen Rechtssprechung erschienen 50.000 Euro Schmerzensgeld angebracht als die geforderten 100.000 Euro. Auch die Scha-

densersatzforderungen seien eher zwischen 180.000 und 350.000 Euro statt jenseits der Eine-Million-Euro-Grenze anzusiedeln.

Wie erwartet hatten die Parteien dem Verhandlungsstand nichts Neues hinzuzufügen und lehnten den vom Gericht vorgeschlagenen Vergleich ab. Damit geht der Prozess am 8. Mai in eine neue Runde. Wann ein Urteil fällt, ist noch nicht abzusehen. Klasnić darf damit rechnen, dass er grundsätzlich recht bekommt. „In der Tendenz meinen wir, dass Doktor Dimanski hätte tätig werden können und müssen“, sagte Richter Boysen. Er

wird voraussichtlich einen Gutachter beauftragen, die Vorwürfe medizinisch zu untersuchen. Werte, die auf eine Niereninsuffizienz hinweisen, seien nachweislich über die Jahre gestiegen.

Nach der Verhandlung betonte Klasnić, dass es ihm nicht ums Geld gehe. „Mir geht es um Gerechtigkeit, darum dass die Wahrheit respektiert wird“, sagte er. Götz Dimanski bedauerte, den Stürmer im Gerichtssaal wiedergetroffen zu haben und bejahte die Frage, ob es bei dem Prozess auch um seinen Ruf gehe: „Selbstverständlich, ich bitte Sie...“ **SEBASTIAN HOFF**

Advertisement for 'Die Linke' featuring a sun logo with 'ATOMKRAFT? WEIN DANKE' and text about 'Krümmel bleibt aus!' and '23 Jahre Tschernobyl, Hamburg und die Atomkonzerne'.